

## Bezahlkarte in Göttingen: Zur Umsetzung einer Landesweisung

Mit der Einführung der Bezahlkarte setzt die Stadt Göttingen eine Weisung des Landes Niedersachsen um. In ihrer Stellungnahme legt die Verwaltung ausführlich dar, dass sie hierzu verpflichtet ist und über keinen eigenen Entscheidungsspielraum verfügt. Diese Darstellung ist rechtlich nachvollziehbar. Gleichzeitig wirft sie die Frage auf, wie politische Verantwortung auf kommunaler Ebene wahrgenommen wird, wenn weitreichende Maßnahmen ausschließlich als Verwaltungsvorgang behandelt werden.

Die Verwaltung betont, dass die Stadt im übertragenen Wirkungskreis handelt und Weisungen des Landes umzusetzen hat. Eigene Rechtsetzungsmöglichkeiten bestünden in diesem Zusammenhang nicht. Damit wird die Einführung der Bezahlkarte klar als Pflichtaufgabe beschrieben, nicht als Ergebnis einer kommunalpolitischen Entscheidung. Diese Einordnung verschiebt den Fokus weg von inhaltlicher Bewertung hin zu formaler Zuständigkeit.

Auch der Umgang mit möglichen rechtlichen Schritten folgt dieser Logik. Die Prüfung einer Verfassungsbeschwerde wird mit dem Hinweis auf geringe Erfolgsaussichten faktisch beendet. Dass andere Kommunen ebenfalls keinen Klageweg beschreiten, dient dabei als zusätzliche Bestätigung. Politischer Handlungsspielraum wird hier nicht ausgelotet, sondern von vornherein als nicht gegeben dargestellt.

Stattdessen verweist die Verwaltung auf begleitende Prüfungen sozialer, integrationspolitischer

und organisatorischer Fragen sowie auf eine regelmäßige Berichterstattung in den zuständigen Ausschüssen. Diese Verfahren schaffen Transparenz über den Umsetzungsstand, verändern jedoch nichts an der grundlegenden Entscheidung. Die Einführung der Bezahlkarte gilt als gesetzt, offene Fragen beziehen sich ausschließlich auf ihre praktische Ausgestaltung.

Damit wird ein Instrument, das bundesweit kontrovers diskutiert wird, in Göttingen vor allem verwaltungstechnisch behandelt. Die Bezahlkarte erscheint nicht als Teil einer migrationspolitischen Verschärfung, sondern als sachliche Konsequenz landesrechtlicher Vorgaben. Eine eigenständige politische Einordnung der Maßnahme bleibt weitgehend aus.

Auffällig ist zudem, wie zurückhaltend die Stadt ihre Position gegenüber dem Land formuliert. Zwar wird auf Schreiben und Forderungen aus dem Rat verwiesen, eine erkennbare politische Auseinandersetzung mit der Maßnahme selbst findet jedoch nicht statt. Die Rolle der Stadt beschränkt sich darauf, den Vollzug zu organisieren und offene Fragen zu begleiten.

### Im Internet:

[www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de)

### Kontakt

Post: Göttinger Blätter  
Lange Geismarstraße 2  
37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen  
Telefon: 05503 3008

### Inhalt

|                          |   |
|--------------------------|---|
| Bezahlkarte              | 1 |
| VVN-BdA                  | 2 |
| FG Cuba                  | 3 |
| DKP                      | 4 |
| Grobian                  | 5 |
| BSW im Kreistag          | 6 |
| Göttinger Linke          | 7 |
| Göttinger Linke Ratsinfo | 8 |

### Redaktionsschluss

für die Ausgabe 02/2026

ist der 22. Januar

Auslieferung voraussichtlich am 27.12.

Diese Haltung ist nicht ungewöhnlich. Viele Kommunen reagieren auf migrationspolitische Vorgaben der Länder ähnlich. Gleichwohl trägt diese Praxis dazu bei, weitreichende Eingriffe in die Lebensrealität von Geflüchteten zu normalisieren. Entscheidungen mit erheblicher sozialer Wirkung erscheinen so als unpolitische Routine.

Die Bezahlkarte wird in Göttingen nicht eingeführt, weil sie politisch überzeugt, sondern weil sie umgesetzt werden muss. Diese Unterscheidung ist zentral. Sie entlastet die kommunale Ebene formal, lässt jedoch offen, wie politische Verantwortung unterhalb der Landesebene wahrgenommen werden soll. Gerade in einer Stadt, die sich als sozial orientiert versteht, wäre zumindest eine klarere politische Einordnung der Maßnahme zu erwarten gewesen.

(ts)





# Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

Die VVN-BdA Kreisvereinigung Göttingen wünscht allen ein gesundes neues Jahr. Wir hoffen auch dieses Jahr wieder viele Bekannte und neue Gesichter auf unseren Veranstaltungen zu sehen!

Ausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939–1945“, BBS II, Godehardstr. 11, Göttingen:

## Wohnungslose im Nationalsozialismus

Eine Sonderausstellung von 11. Januar bis 13. Februar 2026

*Der Eintritt zur Ausstellung und zu den Veranstaltungen ist frei, um eine Spende wird gebeten.*

*Veranstaltet von Geschichtswerkstatt Göttingen e.V. und der Ausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit in Südniedersachsen 1939–1945“*

Am 19. September 1933 berichtet das Göttinger Tageblatt, dass die Göttinger Polizei eine großangelegte Razzia gegen „Bettler“ durchgeführt hat. Die Razzia war Teil einer einwöchigen Aktion im gesamten Deutschen Reich, bei der Tausende wohnungsloser Menschen verhaftet wurden. Mit diesen „Bettlerrazzien“ begann im nationalsozialistischen Deutschland die Verfolgung einer Gruppe, die auch zuvor bereits marginalisiert war.

Die Ausstellung „Wohnungslose im Nationalsozialismus“ der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe erinnert an die Verfolgung von wohnungslosen Menschen während des Nationalsozialismus und beleuchtet die Rolle sowie die Verantwortung der damaligen Wandererfürsorge. Sie leistet damit nicht nur einen Beitrag zur Aufarbeitung einer wichtigen, jedoch oft übersehenen Periode in der

Öffentliche Führungen:

**Ausstellungseröffnung am Sonntag, 11.01.2026, 14:00 bis 17:00 Uhr,**  
14:30 Uhr Führung mit Annegrit Berghoff und Arndt Kohlmann

14. Januar 2025, 16:00 Uhr mit Annegrit Berghoff; 20. Januar 2025, 17:00 Uhr mit Arndt Kohlmann; 1. Februar 2025, 14:30 Uhr mit Annegrit Berghoff; 13. Februar 2025, 16:00 Uhr mit Arndt Kohlmann

*Wir bieten gerne Führungen für Gruppen an. Bitte kontaktieren Sie uns unter [info@zwangsarbeit-in-niedersachsen.eu](mailto:info@zwangsarbeit-in-niedersachsen.eu) oder Tel. 0551 / 50 76 45 54.*

**Dienstag, 13.01.2026, 19:00 Uhr**  
Junges Theater, Bürgerstr. 15, Göttingen

Die Ziele der „Neuen Rechten“ und ihre Anknüpfungspunkte zum Nationalsozialismus

Vortrag und Diskussion mit Katrin Himmler

Eintritt frei. Reservierung nicht möglich. Einlass ab 18:30 Uhr

Veranstaltet vom Bildungswerk ver.di und dem Jungen Theater Göttingen

Erklärtes Ziel der „Neuen Rechten“ ist es, unsere demokratische Gesellschaft im Kern zu verändern. Dafür nutzen sie erfolgreich Krisen jeder Art, indem sie Ängste und Sorgen, aber auch Ressentiments in der Bevölkerung aufgreifen und durch massive Desinformation verstärken. Katrin Himmler, Politikwissenschaftlerin und Großnichte von Heinrich Himmler, zeigt auf, wie die extreme Rechte und Rechtspopulist\*innen untereinander vernetzt sind und was sie so gefährlich macht. Welche Anknüpfungspunkte gibt es zwischen der extremen Rechten heute und der nationalsozialistischen Bewegung damals vor der Machtübertragung?

**Donnerstag, 15.01.2026, 19:00 Uhr**  
Online, Link nach Anmeldung

Wie recherchiert man die Beteiligung von Familienmitgliedern am Nationalsozialismus?

Online-Veranstaltung, der Link wird nach Anmeldung unter [mail@ns-familien-geschichte.de](mailto:mail@ns-familien-geschichte.de) zugesandt.

Veranstaltet von NS-Familien-Geschichte e.V.

Diese Online-Veranstaltung will Menschen anregen, sich mit der NS-Vergangenheit der eigenen Familie auseinander zu setzen und Hilfestellung dabei geben. Kolportierte Anekdoten über den „Onkel bei der Wehrmacht“ und Sätze wie „Oma war immer gegen Hitler“ kennen wir alle. Aber immer mehr Menschen möchten den tradierten Anekdoten und Legenden auf den Grund gehen und herausfinden, ob und wie sich Familienmitglieder konkret am NS beteiligt haben. Unser Verein bekommt zunehmend Anfragen, wie zielführend recherchiert werden kann. Hierfür soll diese Veranstaltung einen umfassenden und systematischen Einstieg bieten.

Die Zeit für solche Recherchen ist günstig, denn heute lassen sich Werdegänge verwandter Personen im NS oft detailliert nachvollziehen und belegen. Eine wichtige Quelle sind Archive: Dokumente aus der NS-Zeit sind heute meist gut zugänglich. In den vergangenen zwei Jahrzehnten entstanden viele Gedenkstätten und Museen im In- und Ausland zur Dokumentation von NS-Verbrechen, deren Opfer und von Widerstand. Lokalhistoriker\*innen vor Ort haben viele Informationen zusammengetragen. Eine weitere wichtige Quelle sind Zeitzeug\*innen im Ausland. Noch hat man Gelegenheit, sie zu fragen. Auch das Internet ist zur Fundgrube für historische Informationen geworden.

## Termine

**Donnerstag, 22.01.2026, 16:00 Uhr**  
Antifaschistischer Stammtisch  
Treffpunkt ist das „Café INTI“, Wilhelmplatz, Göttingen

Antifaschist\*innen aus dem Raum Göttingen und Umgebung besprechen bei den Treffen geplante und potenzielle Vorhaben und alles, was noch politisch in Göttingen ansteht.

Geschichte der Wohnungslosenhilfe, sondern will auch das gesellschaftliche Bewusstsein in der Gegenwart schärfen.

Wie viele Menschen als „Bettler“, „Landstreicher“ oder „Nichtseßhafte“ in Konzentrationslager gesperrt wurden, ist bis heute ungeklärt. Expert\*innen schätzen, dass insgesamt etwa 70.000 Menschen als „asozial“ oder als „Berufsverbrecher“ stigmatisiert, deportiert und ermordet wurden.

Themen der Ausstellung:  
*Weltwirtschaftskrise, Bettlerrazzia 1933 Arbeitshäuser, Rassenhygiene, Zwangssterilisation, „Asoziale Großfamilien“, Debatte in den Fachzeitschriften der „Wandererfürsorge“, Kontrolle und „geordnetes Wandern“, „Aktion Arbeitsscheu Reich“, Als „asozial“ ins Konzentrationslager*

**Freitag, 23.01.2026, 19:00 Uhr**  
Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7, Göttingen

„Ich hoffe es kommen bald andere Zustände in den Anstalten!“  
Als homosexuell markierte Jugendliche im nationalsozialistischen Zwangserziehungssystem

Veranstaltet von OLAfa und Buchladen Rote Straße

1929 schildert der homosexuelle Jugendliche O. S. seine Gewalt Erfahrungen im Landeserziehungsheim Struvshof und hofft auf Besserungen in der Zukunft. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde die Verfolgung sexueller Vielfalt jedoch systematisch ausgeweitet.

Der Vortrag von Jako Wende beleuchtet einen bisher wenig beachteten Aspekt dieser Verfolgung: die sogenannte Fürsorgeerziehung. Jugendliche, die aus ihrem Umfeld gerissen wurden, um sie in Heimen zu institutionalisieren und zu indoktrinieren. Welchen Alltag und welche Gewalt erlebten sie in den Heimen? Und in welcher Form gab es Widerstand?

## Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen

e-mail: [goettingen@fgbrdkuba.de](mailto:goettingen@fgbrdkuba.de) • [www.fgbrdkuba.de](http://www.fgbrdkuba.de)

### Mitgliederversammlung

**13. Januar, 19:00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Judenstraße**



## Das XI. Plenum des Zentralkomitees beschloss die Verschiebung des 9. Parteitags

*Der Vorschlag ging vom Führer der Kubanischen Revolution, Armeegeneral Raúl Castro Ruz aus, und wurde dem Plenum vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und Präsidenten der Republik, Miguel Díaz-Canel Bermúdez, mitgeteilt.*

Autor: Leticia Martínez Hernández | [internet@gramma.cu](mailto:internet@gramma.cu)

Die Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas beschlossen am vergangenen Samstag in ihrer 11. Plenarsitzung, den für April 2026 geplanten 9. Parteitag der Partei zu verschieben.

Der Vorschlag, der vom Führer der Kubanischen Revolution, General Raúl Castro Ruz, ausging, wurde vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und Präsidenten der Republik, Miguel Díaz-Canel Bermúdez, in einem vor dem Plenum verlesenen Schreiben bekannt gegeben. Zuvor war das Schreiben in einer Sitzung des Politbüros erörtert worden.

In dem Schreiben erkennt Raúl die Position des Präsidenten an, der die Einhaltung

unserer Vorgaben verteidigt, die besagen: Parteitage dürfen nicht verschoben werden und müssen daher – außer im Falle höherer Gewalt – alle fünf Jahre im festgelegten Zeitrahmen stattfinden. Der Armeegeneral warnt jedoch, dass es gemäß dem Prinzip, stets das Beste für die Revolution zu tun, ratsam sei, den 9. Parteitag auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben und alle Ressourcen des Landes sowie die Anstrengungen und die Energie der Partei-, Regierungs- und Staatskader der Lösung der aktuellen Probleme zu widmen und das Jahr 2026 dem Wiederaufbau in jeder Hinsicht zu widmen.

Raúl betont, dass diese Entscheidung nicht als Rückschritt verstanden werden dürfe; sie sei vielmehr eine notwendige und zeitgemäße Entscheidung, die es uns ermöglichen, unsere Kräfte zu bündeln, die Lage des Landes zu verbessern und die Voraussetzungen für einen besseren und produktiveren Parteitag zu schaffen, der – wie unsere Verfassung es bekräftigt – den Aufbau des Sozialismus und den Fortschritt hin zu einer kommunistischen Gesellschaft festigen werde. Die Mitglieder des Zentralkomitees haben diesem Vorschlag einstimmig zugestimmt. Dadurch können sich alle Kubaner auf die Erholung des Landes konzentrieren.



**PARTIDO  
COMUNISTA  
DE CUBA**

## Kuba formalisiert Teildollarisierung der Wirtschaft

*Gesetzespaket erlaubt Transaktionen in Fremdwährungen. Inkrafttreten am 17. Dezember. Regierung nennt den Schritt vorübergehend. Der Peso soll laut Zentralbank Zentrum des Systems bleiben; von Marcel Kunzmann, amerika21 (leicht gekürzt)*

**Havanna.** Die kubanische Regierung hat am Donnerstag ein Gesetzespaket veröffentlicht, das erstmals seit der Währungsreform von 2021 Transaktionen in ausländischen Währungen im Land zulässt. Das Dekret-Gesetz 113 samt drei ergänzender Verordnungen tritt am 17. Dezember in Kraft und soll einen rechtlichen Rahmen für die „Verwaltung, Kontrolle und Zuweisung von Devisen“ schaffen, wie das staatliche Nachrichtenportal Cubadebate berichtet. Wirtschaftsminister Joaquín Alonso Vázquez erklärte, die Regelung schaffe einen „rechtlichen Schirm“ für Devisentransaktionen, die in der Praxis bereits stattfänden. Zentralbankpräsidentin Juana Lilia Delgado Portal bestätigte, dass die Maßnahmen

eine Reaktion auf die „teilweise Dollarisierung einiger Sektoren“ seien. Sie betonte jedoch, das Ziel bleibe, ein monetäres Umfeld wiederherzustellen, in dem der kubanische Peso das Zentrum des Währungssystems sei.

Das Gesetzesdekret bezeichnet die Autorisierung von Devisentransaktionen ausdrücklich als „vorübergehende Maßnahme zur Dynamisierung der Wirtschaftstätigkeit“, die gelten soll, „bis die bestehenden makroökonomischen Ungleichgewichte gelöst sind“.

Die neuen Regelungen gelten für juristische Personen sowie für natürliche Personen. Das Wirtschaftsministerium wird mit dem Gesetzespaket befugt, Devisentransaktionen zu genehmigen. Nach Angaben des Wirtschaftsministers profitieren vor allem Exporteure, Empfänger ausländischer Finanzierung, Akteure im Online-Handel sowie ausländische Investoren von den neuen Regeln. Erstmals ist damit der Privatsektor in die Teildollarisierung eingebettet.

...

Obwohl die neuen Regelungen wiederholt auf den Wechselkurs Bezug nehmen, legen sie keinen neuen Kurs fest. Premierminister Manuel Marrero hatte im Sommer angekündigt, dass dies in der zweiten Jahreshälfte geschehen würde. Alonso Vázquez versicherte jedoch, die Maßnahme sei „mit der Neuauflage des Devisenmarktes verknüpft“.

**Spendenkonto:** Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. Maybachstr. 159, 50670 Köln · Tel. 0221-2405120 · [www.fgbrdkuba.de](http://www.fgbrdkuba.de)  
**Spenden (steuerlich absetzbar) IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00**



# Deutsche Kommunistische Partei

## Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 3, 37073 Göttingen  
<https://goettingen.dkp.de> • [goettingen@dkp.de](mailto:goettingen@dkp.de)



### Göttingens Jugend auf der Straße gegen die Wehrpflicht

#### Ein Rückblick der SDAJ Göttingen auf den Schulstreik am 5.12.

Am 12. Dezember waren in ganz Deutschland Schüler\*innen auf der Straße, um gegen die geplante Wiedereinführung der Wehrpflicht zu demonstrieren. 55.000 Menschen in 90 Städten – eine fast unglaubliche Zahl. Auch in Göttingen waren Schüler\*innen auf der Straße. Doch wie kam es dazu, dass in Göttingen rund 1.200 Menschen demonstrierten? Dafür müssen wir rund zwei Monate zurückgehen. Zehn Leute treffen sich im Lern- und Studiengebäude an der Uni. Darunter ein Mix aus organisierten Schüler\*innen und Studierenden von der SDAJ, dem IJV, der AJG und dem SDS. Die zunächst lose Idee: Ein Schulstreik gegen die Wehrpflicht in Göttingen soll losgetreten werden.

Nach dem Treffen ist es beschlossen – Schulstreik in Göttingen. Zu diesem Zeitpunkt konnte sich noch niemand ausmalen, was in den kommenden Monaten auf sie zukommen würde. Zwei Wochen später findet dann auch das stadtweite Komiteetreffen statt. Davor wussten wir noch nicht, wie viele kommen würden. Wir hatten sogar überlegt, ob man notfalls nur kurz quatscht, falls keine Schülerinnen erscheinen würden.

Am Ende waren wir zwanzig Schüler\*innen aus insgesamt vier Schulen. In den nächsten zwei Wochen kam der Streik dann richtig ins Laufen. Neben zahlreichen Plakatier-Aktionen in der Stadt begannen die Schüler\*innen, mit ihren Mitschüler\*innen zu reden. Schon nach einer Woche wurde klar, dass der angekündigte Raum zu klein sein würde, sodass wir mit Unterstützung der Musa in einen größeren Raum ausweichen mussten. Beim zweiten Komiteetreffen waren wir bereits 50 Schüler\*innen aus insgesamt acht Schulen. Für alle diese Schulen wurden an diesem Tag Streikkomitees gegründet, die es den Schüler\*innen ermöglichten, sich eigenständig zu organisieren und Aktionen an ihren Schulen durchzuführen. Über die folgenden Wochen entwickelte sich der Streik immer weiter. Die Schüler\*innen meldeten ihre Sterndemos an und organisierten Material für den Streik – vom Banner bis zum Megafon. Gerade in

der letzten Woche vor dem Streik war die Aktionstätigkeit besonders hoch: Banner malen auf Schulhöfen, Flyer verteilen vor den Schulen oder simple Mund-zu-Mund-Propaganda. Diese Tage waren essenziell, um die Arbeit der letzten Monate wirksam zu machen. In dieser Woche wuchs auch die mediale Aufmerksamkeit deutlich. Vom Göttinger Tageblatt bis zum ZDF wollten alle wissen, was gerade unter Deutschlands Schüler\*innenschaft passiert. Neben den klassischen Medien hatten jedoch auch soziale Medien einen großen Anteil am Erfolg des Streiks. In dieser letzten Woche konnte man kaum eine App öffnen, ohne mit dem Streik konfrontiert zu werden.

Dann war der Streiktag gekommen. 11:10 Uhr – an den meisten Schulen beginnt die Pause. Die Schüler\*innen gehen über die Pausenhöfe, durch Gänge und Klassenräume und fordern alle auf, sich dem Streik anzuschließen. An insgesamt sieben Schulen machen sich Schülerinnen auf, um in Sterndemos zum Neuen Rathaus zu ziehen. Wo es keine Sterndemo gibt, machen sie sich auf andere Weise auf den Weg dorthin. Knapp 1.000 Schüler\*innen aus ganz Göttingen treffen sich vor dem Neuen Rathaus, um ein klares Zeichen gegen die Wehrpflicht zu setzen. Nach mehreren Redebeiträgen setzt sich die Demo erneut in Bewegung. Neben den Schüler\*innen schließen sich noch weitere Menschen an und so ziehen rund 1.200 Menschen noch einmal gemeinsam durch die Stadt. Als sie wieder am Neuen Rathaus ankommen, ist längst klar, dass das Gesetz nicht aufgehoben wer-

#### Mitgliederversammlungen:

##### Dienstag, 06. Januar

Das Thema der Versammlung stand zu Redaktionschluss noch nicht fest

##### Dienstag, 20. Januar

Die Öffentlichkeitsarbeit der DKP Göttingen

Alle MV'en finden um **20.00 Uhr** im **Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2** statt

den konnte. Doch das bedeutet nicht, dass die Schüler\*innen ihren Widerstand einstellen. Bereits am 5.12. wird der nächste Streik ausgerufen und das nächste Komiteetreffen beworben. Denn es gibt kein Stehenbleiben.

Am Ende des ersten Schulstreiks stehen in Göttingen hunderte vernetzte und organisierte Schüler\*innen. Tausende junge Menschen die den Streik mitbekommen, ihn teilweise unterstützt haben – und vor allem ist ein Kampfgeist in der Schülerschaft gegen Militarisation und Krieg erweckt worden, wie es ihn seit Jahren nicht mehr gab. Damit ist klar: Der nächste Streik am 5.3. wird stattfinden, und Schüler\*innen werden sich erneut für ihre Rechte einsetzen. (ms)





# GROBIAN GRONER BÜRGER INITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: [grobian-grone@web.de](mailto:grobian-grone@web.de)
- ☛ Treffen: Montags, 19 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner

Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## Es geht wieder los bei den MieterInnen der LEG: Die Nebenkostenabrechnungen für 2024 sind –pünktlich zu Weihnachten - angekommen: Nachzahlungsforderungen bis zu 6.000 Euro!

Grobier und MieterInneninitiative werden aktuell überlaufen von Nachfragen in der Beratungsstunde mittwochs 16.00 bis 18.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum Grone.

Kurz vor Weihnachten entschieden sich die Akteure, noch ein Flugblatt (mit Anleitung zur Erfassung von Heizungswerten) an die MieterInnen zu verteilen, um diese ein wenig zu beruhigen, da es doch viel Angst und Unruhe entstanden ist, dass diese Nachforderungen schon zum 1. Januar 2026 eingezogen werden.

### Nebenkostenabrechnungen 2024:

# unbedingt prüfen lassen!

für die  
Prüfgemeinschaft

Liebe Nachbarinnen und Nachbarn in Grone,

Die meisten MieterInnen haben von der LEG ihre Nebenkostenabrechnung für das Jahr 2024 erhalten. Vielfach sind MieterInnen erneut von enorm hohen Nachforderungen und Erhöhungen der Vorauszahlungen betroffen. Die hohen Abrechnungen scheinen vor allem in hohen Heizverbräuchen und hohen Heizkosten begründet.

**Wir empfehlen Euch: Legt Widerspruch ein und fordert die Belege für die Positionen an, die Euch nicht korrekt oder überteuert erscheinen! Bisher hat sich das immer gelohnt für alle, die sich gewehrt haben.**

Der Prüfausschuss der Prüfgemeinschaft prüft gerade die Rechnungen, die Ihr uns geschickt habt oder für uns im Nachbarschaftszentrum bereits einscannt habt. Wir wollen einen Überblick über die Problemlagen gewinnen und mögliche Fehler aufdecken. Je mehr Rechnungen wir zur Prüfung haben, desto besser. Wir haben bereits einige mögliche Unstimmigkeiten und vielleicht sogar Unrechtmäßigkeiten gesehen. Dazu wollen wir entsprechende Verträge und Belege einfordern und prüfen.

Ihr könnt auch weiterhin Eure Rechnungen im Nachbarschaftszentrum einscannen oder uns über [in-grone@web.de](mailto:in-grone@web.de) zusenden. Bitte notiert uns aber zusätzlich alle Werte aus Euren Heizkostenverteilern und lasst uns diese ebenfalls zukommen.

Dazu hier eine Anleitung:

Der Prüfausschuss wird sich in den nächsten Wochen mit dem Mieterverein beraten und dann verschiedene Vordrucke von Widersprüchen für Euch erstellen, die Ihr ab Januar im Nachbarschaftszentrum abholen oder von unserer Website downloaden könnt.

Wenn Ihr Sozialleistungen bezieht, dann reicht Eure Abrechnungen bei Eurem Amt fristgerecht ein, jedoch mit dem Hinweis, die Rechnung vorerst nicht zu begleichen, da Ihr die Rechnungen erst noch prüfen lassen und Widerspruch einlegen wollt.



1. Zählernummer notieren!

2. Knopf drücken

3. beide Werte notieren  
oder fotografieren, die im  
Display erscheinen.

Beispiel:

Zählernummer: 1234567890  
Wert A: 3456, Wert B: 7890

Wohin könnt Ihr euch bei Fragen und Problemen wenden:

Der Prüfausschuss berät Euch bei allen Problemen mit der LEG. Wir haben dazu direkten Kontakt mit Anwälten vom Mieterverein und anderen Fachleuten, zu diversen Beratungsstellen, zur Stadtverwaltung und auch zur Leitung der LEG, um Probleme für Euch schnell und effektiv klären zu können. Wir sehen uns als einen MieterInnen-Rat.

Wir sind jeden Mittwoch von 16 – 18 Uhr im Nachbarschaftszentrum Grone

Wir sind erreichbar über ein Mietertelefon: 0177/8 72 52 98

Wir sind erreichbar per Email:  
[in-grone@web.de](mailto:in-grone@web.de)

Wir haben auch eine Website:  
[www.in-grone.de](http://www.in-grone.de)

Wir haben auch eine Whatsapp-Gruppe „Schönes Grone“

Wir zeigen am 09. Januar 2026 den Film

## Anatomie eines Falls

Der vierte „Schicksalsfilm“: Es geht um das Schicksal einer Frau in einem aufregenden Gerichtsprozess.

**19.00 Uhr Jona-Gemeinde, Grone, Deisterstraße** (Eingang an der Bushaltestelle)

**Einlass ab 18.30 Uhr / Filmbeginn: 19.00 Uhr**

(Saal und Sanitäranlagen sind rollstuhlgerecht erreichbar.)

Der Januar-Film: (Leider dürfen wir wieder aus lizenzrechtlichen Gründen die Originaltitel „winterkino-grone@web.de“. Das „Motto“ in diesem Jahr ist „Schicksale“!)





## BSW - Fraktion im Kreistag Göttingen

### Kreistagssitzung zum Jahresende

Zum Jahresende tagte der Kreistag am 10.12. wieder in Osterode. Ein wichtiger Punkt war die Einbringung des Nachtragshaushalts. Wie Landrat Marcel Riethig (SPD) und die zuständige Dezernentin Marlies Dornieden (CDU) ausführten, hat sich die Lage der Kommunalfinanzen extrem verschlechtert, wie es in der Präsentation heißt: „Durch strukturelle Unterfinanzierung bei gleichzeitiger Zunahme gesetzlicher Anforderungen sowie Fallzahlsteigerungen in den Sozialbereichen wird eine Haushalts-sicherung durch eigene Anstrengungen kaum realisierbar sein!“ Damit ist der Landkreis keinesfalls allein: Kein niedersächsischer Landkreis schafft mehr einen Haushaltsausgleich. Mit einem Fehlbetrag von 23 Mio. Euro bei einem Haushaltsvolumen von ca. 900 Mio. Euro steht der Landkreis vergleichsweise noch gut da. Vor allem höhere Ausgaben in der Jugendhilfe (verstärkt durch Corona) und im Sozialbereich verschlechtern die Situation. In Zukunft ist zudem mit einem Rückgang der Schlüsselzuweisungen durch das Land zu rechnen, da sich ab 2026 eine Gesetzesänderung nachteilhaft für unseren Landkreis auswirkt. Beschlossen werden soll der Nachtragshaushalt dann am 18.2.2026.

Trotz seiner zentralen Bedeutung fand die Neuaufstellung des Nahverkehrsplans (NVP) nahezu ohne Debatte statt. Beraten wird der NVP lediglich in den Gremien des Zweckverbandes Verkehrsverbund Süd-Niedersachsen, in denen die kleinen Fraktionen des Kreistages gar nicht vertreten sind. Anders als im Ratsinformationssystem der Stadt Göttingen war nicht einmal im Kreistagsinformationssystem der NVP-Entwurf hinterlegt. Dies bedeutet allerdings nicht, dass der NVP vollends hinter verschlossenen Türen erarbeitet wurde. Bereits im Vorfeld gab es ein Web-basiertes Beteiligungsverfahren, in dem Bürger

Anregungen geben konnten oder die Möglichkeit hatten, die Anregungen Anderer positiv oder negativ zu bewerten.

Eine insgesamt positive oder negative Beurteilung der Maßnahmen ist aufgrund der Vielfältigkeit des NVP so nicht möglich. Vor allem im Bereich des Göttinger Umlandes sind zahlreiche Verbesserungen ins Auge gefasst worden. Für den ländlichen Raum, zu dem ja der größte Teil des Verbundgebietes gehört, soll es dagegen zu Kürzungen kommen bzw. vorhandene Angebote sollen durch On-Demand-Leistungen ersetzt werden.

#### Resolution zum Haus der Kulturen

Eine vom BSW beantragte Resolution zum Erhalt des Hauses der Kulturen wurde ohne Gegenstimmen bei einigen Enthaltungen aus der CDU beschlossen: „Das „Haus der Kulturen“ besitzt als offener Ort der Begegnung unterschiedlicher Menschen sowie verschiedener Vereine und Initiativen eine große Bedeutung für den Landkreis Göttingen. Wir setzen uns für seinen Erhalt ein. Der Landkreis Göttingen solidarisiert sich mit dem Trägerverein und allen Nutzenden des Hauses der Kulturen in der Göttinger Weststadt. Er fordert den Bund sowie die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben auf, gemeinsam mit den Beteiligten eine tragfähige Lösung zu finden, die den Verbleib des Hauses am jetzigen Standort ermöglicht.“

Leider ist es nur eine Resolution und kein handfester Beschluss. Somit muss die weitere Entwicklung abgewartet und auf eine Einigung gehofft werden. Eine ähnliche Resolution hatte der Stadtrat Göttingen am 14.11.2025 beschlossen.

#### Merkwürdiges

Nachdem ein ursprünglich beschlossener Kauf eines Schwimmcontainers nicht realisiert werden konnte, hatte der Kreissportbund eine Mietlösung vorgeschlagen, um für die Zeit der

#### Kontakt

### BSW-Fraktion im Kreistag Göttingen

Kreistag, Zimmer 66  
Reinhäuser Landstr. 4  
37083 Göttingen

Tel. 0551/525-2108

**[BSW@landkreisgoettingen.de](mailto:BSW@landkreisgoettingen.de)**

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12  
+ Donnerstag 14 bis 15:30 Uhr



Sanierung der Adeleber und später auch der Mündener Lernschwimmhalle einen Schwimmunterricht zu ermöglichen. Das BSW hatte sich wie auch die anderen Fraktionen an einem entsprechenden von der SPD vorgeschlagenen Antrag beteiligt, der dem Diskussionsstand unter den Fraktionen entsprach. Das Modell stellt unter starken Handlungs- und Zeitdruck die Finanzierung sicher. Natürlich ist dies aus unserer Sicht eher eine Notlösung, da aufgrund der kommunalen Armut eine Wieder- bzw. Neuerrichtung von Hallenbädern jenseits der finanziellen Möglichkeiten ist.

Erstmals in dieser Wahlperiode zeigten sich innerhalb der SPD/Grünen-Mehrheitsgruppe Risse: Völlig überraschend meldeten sich mehrere grüne Kreistagsabgeordnete und kritisierten den Antrag, ohne eine wirkliche Alternative zum beantragten Verfahren deutlich machen zu können, obwohl die grüne Fraktion dem Antrag beigetreten war.

Bis zum Tag der Kreistagssitzung lag kein Sitzungsplan für 2026 vor. Begründet wurde dies damit, dass Sparskassentermine und ähnliches vorher nicht bekannt gewesen seien. Auf öffentlich geäußerte Kritik daran reagierte der Landrat verärgert, statt sich zu entschuldigen.

## Eine weitere Mut machende Veranstaltung

Am 13. Dezember trafen sich wiedermals Mitglieder und FreundInnen der Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke bei A & L in der Lange Geismarstraße zu ihrem 2. kommunalpolitischen Ratschlag zum Auftakt der Arbeit zur Kommunalwahl am 13. September 2026.

Schwerpunkt war das Thema Finanzen: nicht nur die Ausgaben der Kommunen steigen, auch die Zinsaufwände für die benötigten Kredite verlangen immer höhere Anteile von den städtischen Haushalten. Bereits 24 Milliarden Euro Schulden haben die Kommunen in Deutschland angehäuft. Grund hierfür sind im wesentlichen die Erhöhungen ihrer Ausgaben. So ist es zwar richtig, dass bspw. eine bundesweite Erhöhung des Wohngeldes entschieden wurde, jedoch müssen die Kommunen die erweiterten Kosten der Unterkunft selbst tragen, ohne dafür einen Ausgleich vom Bund zu erhalten. Auch die wichtigen Tarifanpassungen für den öffentlichen Dienst haben den Pflichtanteil der kommunalen Ausgaben erhöht.

Der Haushalt in Göttingen gerät immer weiter aus den Fugen, so fehlen bereits 100 Millionen Euro, um alle Kosten abzudecken. Grund hierfür war unter Anderem der Einfall der kommunalen Gewerbesteuerentnahmen. Doch ist das nicht eigentlich ein Widerspruch? Wenn es der Wirtschaft nicht gut geht und ein politisches Steuern notwendig wäre, genau dann reißt die Wirtschaft den Haushalt ebenfalls in die Krise.

Es braucht eine Finanzreform, denn langfristig müssen sich die städtischen Einnahmen von der Abhängigkeit der Gewerbesteuer lösen.

Beim Thema Sparkasse gibt es tatsächlich Fortschritte: nachdem die Fraktionen der Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke immer wieder eine Ausschüttung der Gewinne der Sparkasse erfolglos beantragten, wurde der Antrag nun in ähnlicher Form von den Grünen gestellt.

Auch aus den anderen Arbeitsgruppen gab es Berichte. In Hinblick auf die Situation der Geschwister-Scholl-Gesamtschule wurde das Thema der Jugend- und Schulpolitik ausführlich besprochen. Es kann nicht sein, dass Inklusionsklassen für förderbedürftige Kinder gegründet werden, wenn daraus letztlich keine Inklusion, sondern vielmehr Ausgrenzung resultiert.

Beim Thema Umwelt muss unbedingt das Soziale mitgedacht werden und gerade beim Thema Wohnen sowieso.

Es stehen noch einige Aufgaben an, damit beim dritten kommunalpolitischen Ratschlag das Wahlprogramm

### Kontakte

**Wähler\*innengemeinschaft  
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum  
Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen  
[www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de)

**Sprecher\*innenkreis:**  
Bärbel Safieh, Christa Siebecke, Christian Schüler,  
Hendrik Falkenberg, Jost Leßmann, Peter Strathmann  
**Schatzmeister:**  
Gunnar Siebecke

[sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de](mailto:sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de)

**Gruppe Grone:**  
[grone@goettinger-linke.de](mailto:grone@goettinger-linke.de)  
**Gruppe Gleichen:**  
[gleichen@goettinger-linke.de](mailto:gleichen@goettinger-linke.de)

**Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt  
Göttingen**  
Neues Rathaus Zi. 403 (4. Stock)  
Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen  
Telefon: 0551 - 400 2347  
[goelinke-ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goelinke-ratsfraktion@goettingen.de)

**Fraktionsmitarbeiter:**  
Tim Schlaf

**Öffnungszeiten:**  
Mi: 10:00 - 12:00  
14:00 - 16:30 (nach Vereinbarung)  
Fr: 10:00 - 12:00

**Mandatsträger\*innen:**  
Jost Leßmann (Fraktionsvorsitzender)  
Nornia Marcinkiewicz  
Torsten Wucherpfennig

finalisiert wird. Am 14. Februar wird bei einem längerem Termin über die von den Arbeitsgruppen erstellten Texte gesprochen und entschieden.

Wir laden alle ein, sich zum letzten Termin am 14. Februar im kommenden Jahr zu beteiligen!

## Vorankündigung:

**3. Kommunalpolitischer Ratschlag zur Vorbereitung der Kommunalwahl 2026**  
**Kreismitgliederversammlung der Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke**  
**Wahlkreisversammlung der Göttinger Linke für den Rat der Stadt**  
**Wahlkreisversammlung der Göttinger Linke für den Ortsrat Grone**

**Samstag, 14.02, 10.00 – 18.00 Uhr,**  
vorauss. Bürgerhaus Grone, Greitweg  
(Für Verpflegung wird gesorgt)

## Antwort auf eine Anfrage des Göttinger Tageblatts zum Brandbrief aus der Geschwister-Scholl-Schule:

Die Schilderungen zeigen eine Schule, die mit einer Vielzahl an Anforderungen gleichzeitig umgehen muss, ohne dass die dafür nötigen Ressourcen bereitstehen. Die Folgen sind Überlastung, Unsicherheit und Lernbedingungen, die für niemanden zufriedenstellend sind. „Wir brauchen endlich eine Bildungspolitik, die ausreichend Mittel bereitstellt, damit Schulen solche Situationen nicht allein bewältigen müssen“, sagt Nornia Marcinkiewicz. „Ohne bessere Rahmenbedingungen werden sich diese Probleme in Zukunft weiter verschärfen. Gute Bildung entsteht nur dort, wo Schulen genügend Zeit, Unterstützung und Ruhe für alle Kinder haben“, fügt sie hinzu.

Die geschilderte Lage zeigt, wie sehr Schulen auf funktionierende Unterstützungssysteme angewiesen sind - besonders dann, wenn viele Kinder zusätzlichen Förderbedarf haben. Schwierigkeiten entstehen vor allem dort, wo Hilfen zu spät greifen oder nicht dauerhaft abgesichert sind. „Wir erwarten vom Land Niedersachsen, dass es endlich ausreichend Lehrkräfte, Förderlehrkräfte und DaZ-Stunden zur Verfügung stellt, alles andere ist Augenwischerei“, sagt Nornia Marcinkiewicz. „Gerade an Schulen mit vielen sozialen Herausforderungen braucht es zudem dauerhaft präsente Sozialarbeiter\*innen, die Beziehungen aufbauen und Sicherheit schaffen.“

Kurzfristig ließe sich die Situation entschärfen, wenn Unterstützungsangebote schneller greifen und Schulen bei akuten Problemen nicht allein bleiben. Dazu gehören zeitnahe Bewilligungen von Schulbegleitungen, klare Beratungsstrukturen für Eltern und Hilfen, die nicht erst Wochen später anlaufen. Eine Schule kann ihren Bildungsauftrag nur erfüllen, wenn sie die Kinder im Alltag auffangen kann, doch dafür braucht es soziale Infrastruktur, nicht mehr Druck. Langfristig sollten Schulen endlich die Mittel erhalten, die nötig sind, um ihren gesellschaftlichen Auftrag wirklich erfüllen zu können.

## Kommentar zur beschlossenen Waffenverbotszone in der Innenstadt Göttingen

Für die Ratsfraktion der Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke steht fest, dass es Aufgabe der Politik ist, den Ursachen für eine gestiegene Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft nachzugehen. Waffenverbotszonen würden zwar die Symptome verschieben, aber Kriminalität nicht bekämpfen. Eher im Gegenteil: aktuelle Statistiken zeigen, dass Waffenverbotszonen keine Senkung der Kriminalitätsraten bringen, sondern nur einen inakzeptablen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte.

„Wer will schon dort leben oder arbeiten, wo mit dem Begriff „Waffenverbotszone“ die Kriminalität lauert? Sie sind als Sicherheitsinstrument schlicht ungeeignet“ appelliert der Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion der Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke.

„Für eine nachhaltige Kriminalitätsbekämpfung müssen dringend geeignete Maßnahmen entwickelt werden. Dazu gehört ein präventives Angebot an den Schulen und in der Jugendhilfe. Waffenverbotszonen verhindern Kriminalität nicht. Die Einrichtung davon ist purer Populismus, denn das Tragen von Waffen ist bereits verboten. In Leipzig wurde solch eine Zone 2018 wieder abgeschafft. Eine Waffenverbotszone, in der quasi jeder Gegenstand zu einer gefährlichen Waffe werden kann, ist staatlich verordnete Willkür. Die Polizei schafft sich damit rechtsfreie Räume, in denen anlasslose Kontrollen möglich sind. Das führt zu Stigmatisierung ganzer Gegenden und ihrer Bewohner\*innen, Beschränkung von Grundrechten und zu Racial Profiling“, erklärt Leßmann abschließend.

### Kontaktdaten

#### Fraktion der Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock)  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
Telefon 0551-400 2347

[goelinke-ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goelinke-ratsfraktion@goettingen.de)

#### Fraktionsmitarbeiter:

Tim Schlaf

#### Öffnungszeiten des Büros:

Mi: 10 - 12 Uhr  
14 - 16 Uhr (nach Absprache)

#### Fraktionssitzung:

Mittwoch 17 - 18 Uhr (öffentlich)